Flughafen Zürich

Gesuch um Plangenehmigung für eine Büroaufstockung und ein Parkhaus der Zimex Aviation

vom 13. Juni 2000

Gesuchsteller:	Kanton Zürich, handelnd durch die Volkswirtschafts- direktion, 8058 Zürich-Flughafen
Bauherrin:	Zimex Aviation Ltd, Zimex Aviation Business Center, Postfach, 8058 Zürich-Flughafen
Gegenstand:	<ul style="list-style-type: none">- 4-geschossige Aufstockung auf bestehenden nörd- lichen Erdgeschossstrakts, als frei unterteilbare Büro- flächen- 1-geschossige Überlagerung des bestehenden öst- lichen Haupt-Bürotrakts als Personalrestaurant- Erstellung von 53 Parkplätzen in 3-geschossigem offenem Neubau über bestehendem Parkplatz Alles im Bereich des bestehenden Zimex/REGA Aviation Business Centers, Grundstück Kat.-Nr. 4487, Flughafenareal, Gemeinde Kloten. Das Vorhaben ist nicht Bestandteil der 5. Bauetappe.
Verfahren:	Das Verfahren richtet sich nach den Artikeln 37 – 37h des Luftfahrtgesetzes (LFG; SR 748.0) in der Fassung vom 18. Juni 1999 (in Kraft seit 1.1.2000) und den Bestimmungen der Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL; SR 748.131.1) in der Fassung vom 2. Februar 2000 (in Kraft seit 1.3.2000).
Anhörung:	Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hört den Kanton Zürich und die interessierten Bundesstellen direkt an.
Öffentliche Auflage:	Die Gesuchsunterlagen können vom 14. Juni bis zum 14. Juli 2000 an folgenden Stellen eingesehen werden: <ul style="list-style-type: none">- Flughafen Zürich, Airport-Forum Bürogebäude Parkhaus A, 8058 Zürich-Flughafen;- Bausekretariat der Stadt Kloten, Kirchgasse 7, 8302 Kloten.
Einsprachen:	Wer nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahren- gesetzes (VwVG; SR 172.021) Partei ist, kann während der Auflagefrist beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL), Sektion AW, Maulbeerstrasse 9, 3003 Bern, Einsprache erheben. Einsprachen sind schriftlich und

begründet im Doppel einzureichen.

Hinweise:

- Wer keine Einsprache erhebt, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen (Art. 37f Abs. 1 LFG).
- Kollektiveinsprachen und vervielfältigte Einzeleinsprachen haben eine Person zu bezeichnen, welche die Einsprechergruppe rechtsverbindlich vertreten darf. Andernfalls bezeichnet das BAZL diese Vertretung (Art. 11a VwVG).

13. Juni 2000

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation